

POSITIONSPAPIER SP SCHWEIZ

Verkehr und Finanzplatz als blinde Flecken
der Schweizer Klimapolitik

SP WILL TATEN STATT ILLUSIONEN

Anträge 1 bis 22



Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung	3
1. Das Ausmass der Klimaerwärmung ist für die Menschheit sehr gefährlich	6
2. Die Schweizer Klimapolitik ist viel zu schwach	7
3. Die SP verlangt die Klimasanierung des blinden Flecks Verkehr	10
4. Die SP verlangt eine klimakompatible Finanzplatzstrategie	18
5. Energiepolitik als tragende Säule der Klimapolitik	23
6. Fazit	25

ZUSAMMENFASSUNG

A-1; Juso: Neue Abschnitte in der Zusammenfassung vor dem bisherigen Text

Der Klimawandel ist menschengemacht. Zu behaupten, dass die gesamte Menschheit zu gleichen Teilen für den Klimawandel verantwortlich ist, heisst jedoch, erhebliche Machtunterschiede zwischen Menschen und Ländern zu ignorieren.

Seit der industriellen Revolution erleben Mensch und Natur eine noch nie dagewesene Veränderung: Wir leben in einem System, das auf der Ausbeutung der Ressourcen unseres Planeten beruht und die Ungleichheiten zwischen den Menschen laufend verstärkt. In der Schweiz besitzt das reichste Prozent inzwischen über 40 % des Gesamtvermögens, weltweit sind es sogar mehr als 50%. Tendenz steigend.

*In der reichen Schweiz mag dies nicht sofort auffallen, denn hier können sich durch Billigstpreise auch ärmere Menschen vergleichsweise vieles leisten. Der hohe Lebensstandard der Schweiz basiert jedoch auf einer ökologischen Verschuldung: die Schweiz importiert Produkte, die in ihren Ursprungsländern unter sozial und ökologisch prekären Bedingungen hergestellt wurden. Somit kann die Schweiz, wie auch andere reiche Staaten, ihren hohen Lebensstandard nur halten, indem andere Länder den Schaden tragen. Gesteuert wird diese Entwicklung von unserem Wirtschaftssystem, in dem Unternehmen freie Hand haben, umweltschädigend zu handeln. Perverserweise bezieht sich das Handeln der Unternehmen nicht einmal auf die Stillung von Bedürfnissen der Konsument*innen, sondern auf Profitmaximierung. Dieses System führt dazu, dass bereits heute 22 Millionen Menschen aufgrund von Naturkatastrophen auf der Flucht sind. Bis 2050 sollen es Schätzungen der UN bereits 250 Millionen Klimaflüchtlinge sein.*

Die in diesem Papier vorgeschlagenen Lösungen können also zwangsläufig nur eine Übergangslösung darstellen, da sie sich einerseits nur auf die Schweiz beziehen, andererseits von einem marktwirtschaftlichen System ausgehen, wie wir es heute kennen. Die damit verbundenen Probleme können nicht auf einer lokalen Ebene gelöst werden: Unternehmen sind nicht an nationalstaatliche Grenzen gebunden. Daher braucht es die transnationale Zusammenarbeit, um dem Streben nach grenzenlosem Wachstum auf einem Planeten mit begrenzten Ressourcen Einhalt zu gebieten.

Anschliessend kommt: „Mit dem Pariser Klimaabkommen [...]“

Begründung: *Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer der Klimaerwärmung? Klar ist: am Ende verlieren wir alle. Aber eben nicht zu gleichen Teilen: Es ist zynisch, von der Schweiz als grosse Verliererin der Klimaerwärmung zu sprechen, bedenkt man die bereits heute hohe Zahl der Klimaflüchtlinge. Ausbleibende Einnahmen im Skitourismus können nicht mit dem Verlust der Existenzperspektive im globalen Süden verglichen werden. Hauptleidtragende des Klimawandels sind nicht die Industrieländer, sondern Länder, die jetzt schon durch soziale und ökologische Katastrophen geprägt sind. Dies ist eine direkte Folge eines Wirtschaftssystems, das auf*

Ungleichheit und Ausbeutung basiert. Daher: «Wer vom Klimawandel redet, darf vom Kapitalismus nicht schweigen» (Naomi Klein).

Marktkonformer Umweltschutz, wie er in diesem Papier zu grossen Teilen gefordert wird, vermochte die Schädigung der Umwelt bisher nicht verhindern und kann daher nicht mehr als einen Teilschritt auf dem Weg zum Ziel darstellen. Wenn schon die Forderungen des Papiers nicht weit gehen, so darf wenigstens das Bewusstsein für das grössere Ganze im Papier nicht fehlen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Der hohe Lebensstandard der Schweiz basiert auf einer ökologischen Verschuldung: Die Schweiz importiert Produkte, die in ihren Ursprungsländern unter sozial und ökologisch prekären Bedingungen hergestellt wurden und die zur Naturzerstörung und zur Erderwärmung beitragen.

Begründung: Das Papier soll knapp und leicht verständlich die Positionen der SP zum Thema Klimaschutz wiedergeben. Grundsätzliche kapitalismuskritische Ausführungen gehen in diesem Papier zu weit. Deshalb sollen die ausführlichen, im Antrag der Juso formulierten Ergänzungen in verdichteter Form aufgenommen werden.

Mit dem Pariser Klimaübereinkommen hat die Schweiz eine der grössten Herausforderungen der Menschheit angenommen. Sie hat sich zusammen mit 195 anderen Staaten dazu verpflichtet, ihr Möglichstes dazu beizutragen, um die Klimaüberhitzung auf 1,5° bis 2° zu begrenzen. Der Klimawandel soll nicht zu einer noch grösseren Bedrohung für die Zivilisation werden.

Leider sind die Umsetzungsvorschläge des Bundesrates im Rahmen der Klimapolitik 2020-2030 viel zu schwach. Erstens werden bei Gebäudebeheizung und Industrie die Instrumente abgeschwächt, also gerade dort, wo die Schweiz bisher eine vertretbare Politik umgesetzt hat. Zweitens schlägt der Bundesrat in den zwei klimapolitisch brachliegenden Bereichen des Verkehrs und des Finanzplatzes keine nennenswerte Massnahme vor. Diese Mutlosigkeit ist inakzeptabel.

Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus. Im Bereich Mobilität will der Bundesrat aber leider auf einen sehr grossen Hebel verzichten. Hier ist nicht nur die bundesrätliche Position schwach, auch die bisherige links-grüne Positionierung braucht eine Weiterentwicklung. Wir sollten die Illusion aufgeben, dass die Menge des Strassenverkehrs rasch und signifikant sinken wird. Für die SP ist daher klar, dass nur dank einer raschen Elektrifizierung des Strassenverkehrs mit erneuerbarem Strom der CO₂-Ausstoss genügend reduziert werden kann.

Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus. Im Bereich der Mobilität verzichtet der Bundesrat jedoch auf effektive Schritte. Klar ist aber, dass es zwingend kurzfristige Massnahmen braucht, denn mittlerweile steht fest, dass die Menge des Strassenverkehrs nicht so rasch signifikant sinken wird. Für die SP ist daher klar, dass nur dank einer raschen Elektrifizierung des Strassenverkehrs mit erneuerbarem Strom der CO₂-Ausstoss genügend reduziert werden kann.

Begründung: Das Papier soll nicht zum Zweck haben, unsere langfristigen Visionen als «Illusionen» abzustempeln und aufzugeben.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

„Mittlerweile stösst der Verkehr beinahe die Hälfte des inländischen CO₂ aus. **Im Bereich der Mobilität verzichtet der Bundesrat jedoch auf effektive Schritte. Klar ist aber, dass es zwingend auch kurzfristige Massnahmen braucht, denn mittlerweile steht fest, dass die Menge des Strassenverkehrs nicht so rasch signifikant sinken wird. Auch deshalb benötigt die bisherige links-grüne Positionierung eine Weiterentwicklung.** Für die SP ist daher klar, dass nur dank einer raschen Elektrifizierung des Strassenverkehrs mit erneuerbarem Strom der CO₂-Ausstoss genügend reduziert werden kann.“

Begründung: Die SP soll nicht aus der Verantwortung entlassen werden und es ist wichtig, dass angesichts der nicht zu übersehenden Herausforderungen auch die eigene parteipolitische Positionierung hinterfragt und weiterentwickelt werden soll.

Die Investitionen in Öl, Gas und Kohle, welche vom Schweizer Finanzplatz aus gesteuert werden, bewirken weltweit mindestens das Zehnfache aller inländischen Treibhausgasemissionen der Schweiz. Für die SP braucht es eine klimakompatible vorausschauende Finanzplatzstrategie, um unsere Finanzwirtschaft und unsere Pensionskassen vor dem unausweichlichen Platzen der Kohlenstoffblase zu bewahren. Neben dem Klima stehen also auch die BVG-Renten der 2. Säule auf dem Spiel. Hier droht die bürgerliche Haltung des „Laissez-Faire“ unser Land und das Klima an die Wand zu fahren. Sie erliegt der grossen Illusion, dass sich die Investitionsflüsse ohne staatliche Leitplanken von selbst genügend umorientieren werden. Die Schweiz soll in Sachen Klima und Finanzplatz vorausschauender agieren als damals in Sachen Steuerhinterziehung und Bankgeheimnis, wo sie viel zu spät auf die Weissgeldstrategie gesetzt hat. Letztlich hätte die Schweiz nur profitiert, wenn sie die Kurve schneller gekriegt hätte. Im Klimabereich darf dieser Fehler nicht wiederholt werden.

Die SP fordert deshalb auf allen politischen Ebenen ein deutlich stärkeres nationales und internationales Engagement für den Klimaschutz. Insbesondere fordert sie, dass der Schweizer Finanzmarkt ab 2030 keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Energieträger mehr tätigt und dass die Strassenmobilität rasch elektrisiert wird, sodass es ab 2040

keine fossilen Verbrennungsmotoren mehr gibt. Nur so lassen sich die Ziele des Pariser Klimaübereinkommens erreichen.

1. DAS AUSMASS DER KLIMAERWÄRMUNG IST FÜR DIE MENSCHHEIT SEHR GEFÄHRLICH

Die Auswirkungen der Erderwärmung gehören zu den grössten mittelbaren Bedrohungen der Menschheit. Gelingt es nicht, sie auf plus 1.5°-2° zu beschränken, werden Naturkatastrophen, Ernährungsprobleme, Migrationsströme und Verdrängungskonflikte in noch bedrohlicherem Masse zunehmen. Das Klima könnte einen Kipppunkt erreichen, an dem seine Entwicklung sich nicht mehr voraussagen und vor allem nicht mehr kontrollieren lässt. Alle massgebenden wissenschaftlichen Institutionen unterstreichen mit ihren Forschungsergebnissen das Risiko, dass dies innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte erreicht sein könnte, sollte es nicht gelingen, den menschlichen Ausstoss an Treibhausgasen stark einzudämmen. Die Schweiz ist überdurchschnittlich von der Erwärmung betroffen. Die Durchschnittstemperatur hat im letzten Jahrhundert bereits um ein Grad zugenommen. Überschwemmungen, Erdbeben und Trockenperioden bedrohen die Wirtschaft zunehmend. Der Wintertourismus verliert vielerorts seine Grundlage, die Gletscher schmelzen rasch, die Biodiversität schwindet, die Gesundheit der Menschen ist direkt bedroht und Todesfälle sind die Folge (Hitzesommer).

A-3; SP Tessin: Ergänzung

Completare il 1. Capitolo mettendo qualche elemento in più sulle conseguenze sulla salute dei cambiamenti climatici

Motivazione: I danni alla salute dovuti ai cambiamenti climatici e in particolare al traffico sono molto importanti e causa di malattie gravi e croniche, come le malattie respiratorie (inquinamento dell'aria), cardiovascolari e tumorali (vari agenti inquinanti). Essi sono anche causa di morti premature che riducendo i fattori inquinanti potrebbero essere evitate.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Zudem hat der Ansturm auf die letzten einfach zu fördernden Öl- und Gasreserven, insbesondere im Nahen Osten, katastrophale Konsequenzen für die Menschen. Vom Mittelmeer bis zum Hindukusch gibt es Kriege, welche vom und für das Öl finanziert werden. Diese bedrohen das Leben von hunderten Millionen von Menschen und treiben sie in die Flucht.

Um die Menge an Treibhausgasen in der Atmosphäre zu stabilisieren, darf die Menschheit nur noch eine bestimmte Menge an Kohle, Erdöl oder Erdgas verbrennen. Diese Menge ist fünf Mal kleiner als die fossilen Reserven, welche die grossen Energiekonzerne der Welt in ihren Bilanzen ausweisen. Die Stabilisierung des Klimas kann somit nur gegen die wirtschaftlichen Interessen der Öl, Gas- und Kohleindustrie durchgesetzt werden, die zwangsläufig stark an Wert verlieren wird, wenn der nötige Umstieg auf erneuerbare und effiziente Energieversorgung rechtzeitig erfolgen soll. Deshalb lässt sich die Klimaerhitzung nur

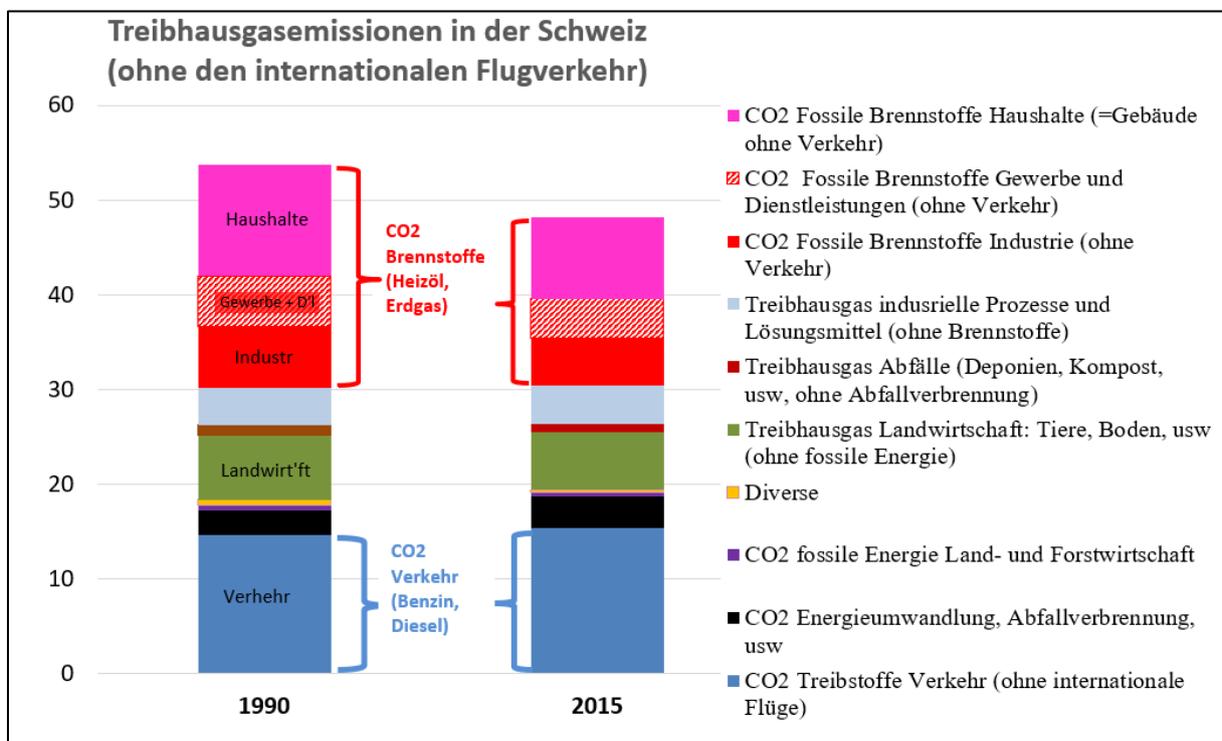
durch klare politische Rahmenbedingungen, durch ordnungspolitische Eingriffe abwendend. Es wird keine Knappheits- oder Preissignale auf dem Energiemarkt geben, die die Energiewende rechtzeitig ermöglichen. Der Markt wird es nicht richten. Es braucht entschlossenes politisches Handeln. Die gute Nachricht ist, dass die technischen Lösungen zur Bereitstellung von Strom, Wärme oder Prozessenergie auf der Basis von erneuerbaren Energieträgern längst da sind und immer günstiger werden.

Das Pariser Klimaübereinkommen will die Klimaerhitzung auf deutlich unter 2 °C, möglichst 1,5 °C, begrenzen. Dazu sollen die Treibhausgasemissionen weltweit zwischen 2045 und 2060 auf null gesetzt werden. Die Unterzeichnerstaaten verpflichten sich, Zwischenziele festzulegen und regelmässig über die Zielerreichung zu berichten. Sie sollen sicherstellen, dass die Finanzflüsse zur Erreichung der Ziele beitragen. Die Industrieländer erklären sich zudem bereit, solidarisch zur Finanzierung von Massnahmen in Südländern rund 100 Mrd. Dollar jährlich und zusätzlich aufzubringen und damit einen Beitrag zu mehr Klimagerechtigkeit zu leisten.

2. DIE SCHWEIZER KLIMAPOLITIK IST VIEL ZU SCHWACH

In den letzten 25 Jahren hat die Schweiz ihre Emissionen um bloss 10 % gesenkt. Diese geringe Verbesserung ist erst in den letzten zehn Jahren zustande gekommen und ist fast ausschliesslich auf Verbrauchreduktionen bei den fossilen Brennstoffen zurückzuführen, wie aus der folgenden Grafik zu entnehmen ist.

Grafik: die Treibhausgasemissionen der Schweiz in jährlichen Millionen Tonnen CO₂-Äquivalenten (ohne internationalen Luftverkehr)



Die Schweizer Gebäude emittieren dank der CO₂-Abgabe, dem Gebäudesanierungsprogramm und den kantonalen Mustervorschriften zwar einen Viertel weniger CO₂ als noch

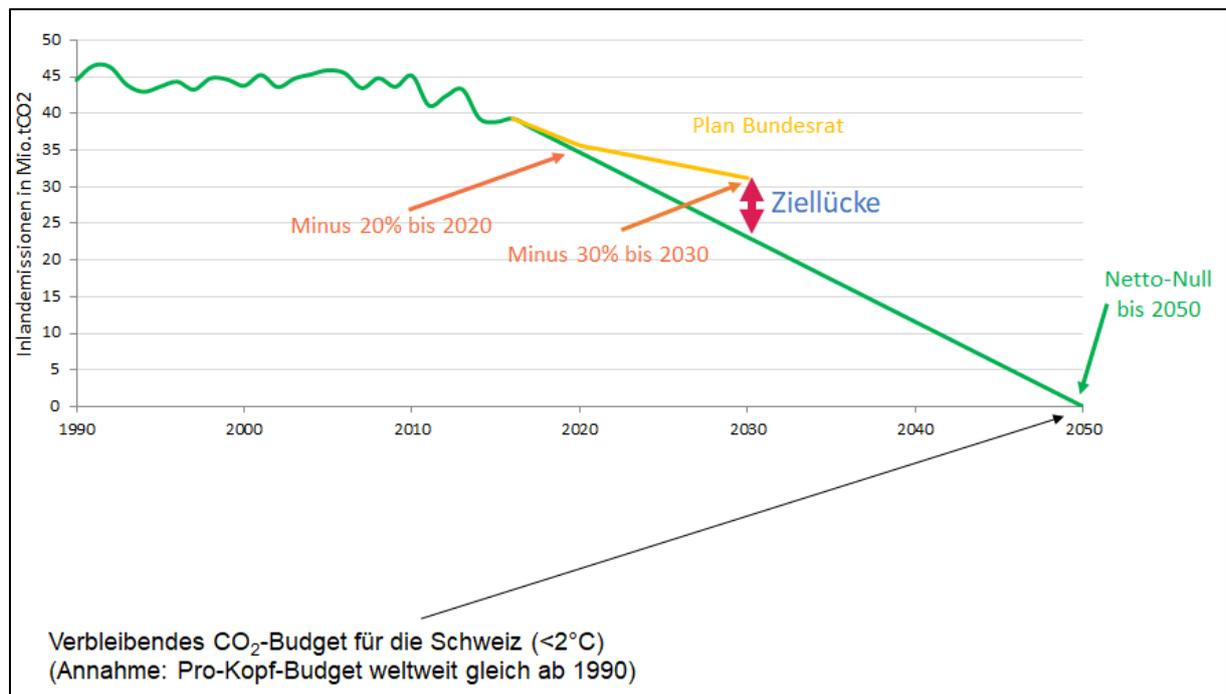
1990. Diese erfreuliche Entwicklung zeigt, dass dort, wo Massnahmen getroffen werden, auch Erfolge erzielt werden. Dieses Ergebnis ist umso bemerkenswerter, als in dieser Zeit die Wohnfläche um 40% und die Fläche für Industrie und Dienstleistungen um 26% gewachsen sind. Der Umbau geht mit einer Sanierungsrate von rund 1% pro Jahr aber immer noch deutlich zu langsam. Die Schweiz ist immer noch eines der europäischen Länder, das pro Kopf am meisten Erdöl verheizt.

Beim Verkehr ist die Entwicklung derart schlecht, dass selbst das schwache Sektorziel gemäss geltendem CO₂-Gesetz klar verfehlt werden dürfte. Die leichte Senkung ab 2015 ist leider nicht auf politische Massnahmen, sondern auf eine Reduktion des Tanktourismus nach dem Frankenschock zurückzuführen. Es gibt zwar geringfügig effizientere Fahrzeuge, gesamthaft werden aber mehr Kilometer gefahren, sodass der CO₂-Ausstoss kaum gesunken ist. Der internationale Flugverkehr aus der Schweiz emittiert mittlerweile 5 Millionen Tonnen jährlich, was schon ein Drittel der Emissionen des Strassenverkehrs ist, mit stark steigender Tendenz. Bisher wurde die Aviatik von der nationalen und internationalen Klimapolitik ausgenommen. Sie wird voraussichtlich im Jahr 2030 jener Sektor sein, der die Klimabilanz der Schweiz am stärksten belastet.

Die Klimaauswirkungen der Schweiz begrenzen sich nicht auf Emissionen auf Schweizer Territorium. Dies ist u.a. auf die graue Energie und die entsprechenden Emissionen unserer importierten Konsumgüter zurückzuführen, welche sich nota bene in den steigenden Emissionen der Abfallverbrennung widerspiegeln. Gesamthaft gesehen geht die internationale klimaschädigende Auswirkung der Schweiz aber vor allem auf das Konto des Finanzplatzes. Die Schweiz investiert sehr viel Geld in klimaschädigende Wirtschaftszweige und gehört aufgrund der grossen Vermögen und Ersparnisse zu den grössten Investoren der fossilen Energieversorgung. Wie das Bundesamt für Umwelt (BAFU) festgestellt hat, führen die Investitionen, welche die Schweizer Anlegerinnen und Anleger tätigen, hochgerechnet auf den globalen Massstab, zu einer Klimaerwärmung um 4-6 Grad.

Vor diesem Hintergrund ist völlig unverständlich, warum der Bundesrat mit dem neuen CO₂-Gesetz eine vollkommen mutlose Vorlage präsentiert. Das revidierte CO₂-Gesetz will im Wesentlichen die bisherigen Instrumente des Klimaschutzes weiter führen, auch wenn klar ist, dass diese nicht ausreichen. Statt das Tempo des Ausstiegs aus der fossilen Versorgung zu beschleunigen, wird es verlangsamt. Bis 2030 soll der CO₂-Rückgang pro Jahr nur 1% betragen, halb so viel wie aktuell.

Grafik: Die Verwässerung der Ziele des Bundesrates graphisch dargestellt.



Aus SP-Sicht liegt die bundesrätliche Vorlage in folgenden Bereichen besonders falsch:

- Es fehlt eine Bestimmung, welche sicherstellt, dass die Finanzflüsse zu den Zielen beitragen.
- Beim blinden Fleck Strassenmobilität schlägt der Bundesrat keine inländische Massnahme vor und schwächt sogar die Beschlüsse der Energiestrategie ab (zeitliche Erstreckung der CO₂-Emissionsvorschriften für Autos). Er schlägt dafür als weltweit einziges Land vor, im Sinne des mittelalterlichen Ablasshandels drei Viertel der Emissionen der Strassenmobilität im Ausland mit „Reduktionszertifikaten“ fragwürdiger Qualität zu kompensieren.
- Mit der Aufhebung des Gebäudesanierungsprogrammes 2025 entfernt der Bundesrat das erfolgreichste Einzelinstrument der bisherigen Klimapolitik.
- Wie der Schweizer Beitrag zur Finanzierung der Klimaschutzmassnahmen im Süden zusammenkommen soll, ist völlig unklar.

Es ist offensichtlich, dass sich die Paris-Ziele mit der Gesetzesvorlage des Bundesrates nicht erreichen lassen. Es ist unklar, ob der Bundesrat die Tragweite des Problems erkannt hat oder nicht. Daher ist auch unklar, **ob er aus Ignoranz, mangelndem Mut oder eventuell auch Doppelzüngigkeit** ein so schwaches Gesetz vorgeschlagen hat.

Auf jeden Fall will die SP das nicht hinnehmen. Daher werden in den zwei folgenden Kapiteln konkrete Vorschläge der SP für die zwei grossen blinden Flecken in der Schweizer Klimapolitik, nämlich Verkehr und Finanzplatz, formuliert.

3. DIE SP VERLANGT DIE KLIMASANIERUNG DES BLINDEN FLECKS VERKEHR

Nicht nur die bundesstaatliche Politik ist in diesem Bereich unzureichend. **Auch die links-grüne Positionierung bedarf in diesem Sektor einer seriösen Aktualisierung.** Die Vorstellung, dass man die Umweltprobleme des Strassenverkehrs alleine mit einem Mix aus raumplanerischen Massnahmen, der Entwicklung des Fuss- und Veloverkehrs, der Genügsamkeit und aus der Förderung des öffentlichen Verkehrs lösen kann, erweist sich als Illusion. Alle diese Massnahmen sind zwar richtig und entschieden fortzusetzen, aber es ist keineswegs zu erwarten, dass sie ausreichen, um die CO₂- und Luftschadstoffemissionen des Strassenverkehrs um mehr als einen Bruchteil im Vergleich zum heutigen Niveau zu reduzieren.

Zur Veranschaulichung des Problems folgendes Rechenbeispiel: Man müsste bei stabilen Mobilitätsaufkommen die mengenmässige Leistung des öffentlichen Verkehrs vervierfachen, um den motorisierten Individualverkehr zu ersetzen. Selbst wenn die Durchdringung mit öffentlichem Verkehr im urbanen und im suburbanen Raum noch massiv erhöht wird, was zu hoffen ist, wird es nicht ausreichen, um den Strassenverkehr um einen Faktor drei oder vier zu reduzieren.

Somit wird klar: **Es wird weiterhin eine substantielle Menge an Strassenverkehr geben, und dieser gehört in Bezug auf Klima, Luftschadstoffe, Lärm und Sicherheit saniert.** Zudem soll er in der engen Schweiz keinen zusätzlichen Raum beanspruchen.

Aus SP-Sicht liegt die realistischste Option zur Überwindung der fossilen Mobilität in der Elektrifizierung des Individualverkehrs mit erneuerbarem Strom.

A-4; SP Frauen: Ergänzung; Anpassung

Il faut se rendre à l'évidence : si aucun changement déterminant n'aura lieu dans le domaine de la mobilité le trafic routier continuera à être important et ~~il doit être assaini dans~~ à avoir des impacts négatifs dans les domaines du climat, de la pollution atmosphérique, du bruit et de la sécurité C'est pourquoi, nous devons agir pour que le trafic soit assaini. En outre, le trafic ne doit pas occuper d'espace supplémentaire dans une Suisse où les mètres carrés sont comptés.

Du point de vue du PS, une des options ~~l'option la plus réaliste~~ pour surmonter la mobilité fossile réside dans l'électrification des transports privés avec de l'électricité issue d'énergies renouvelables.

Développement : La formulation de base laisse penser que tout est déjà couru d'avance. Nous ne devons pas être totalement défaitistes par rapport à l'évolution de la mobilité. Le parti socialiste, mène depuis plusieurs années, à tout niveau, une politique en faveur des transports publics. Dans certaines communes, des propositions concernant la gratuité des transports publics chez les jeunes a fait son chemin. Cette mesure, certes sociale, va aussi dans le sens d'habituer les jeunes aux

transports publics. Sans savoir si l'effet est direct, on remarque que les jeunes passent de moins en moins leur permis.

Il est toutefois important de mettre l'accent sur l'assainissement des impacts négatifs du trafic sur l'environnement et la qualité de vie.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme der Änderungen im ersten Abschnitt und modifizierte Annahme im zweiten Abschnitt: Aus SP-Sicht ist die realistischste Option zur Reduktion der verbleibenden fossilen Mobilität auf der Strasse die Elektrifizierung des Individualverkehrs mit erneuerbarem Strom.

Begründung: Die Priorisierung der Elektromobilität ist ein bewusster politischer Entscheid, da sie grosse Potenziale hat und einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Dass es ergänzend weitere komplementäre Massnahmen gibt und braucht, wird im Positionspapier und im Bericht Nordmann ausgeführt.

A-5; SP Frauen: Präzisierung

Du point de vue du PS, l'option la plus réaliste pour surmonter la mobilité fossile réside dans l'électrification des transports privés. Toutefois, ce passage à l'électrification ne devra se faire qu'avec de l'électricité issue d'énergies renouvelables.

Développement : Il est important de marteler que ce passage n'a de sens que si l'énergie alimentant l'électrification des transports privés est issue d'énergies renouvelables.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Wie der [Bericht Nordmann](#) aufzeigt, ist dieser Weg ökologisch vorteilhaft, auch wenn die Umweltbilanz der Fahrzeuge und Batterien noch verbessert werden muss. **Spätestens 2040 sollen nur in seltenen Ausnahmefällen Verbrennungsmotoren mehr zugelassen werden.**

A-6; SP Frauen: Streichung

Comme le montre [le rapport Nordmann](#), cette approche est écologiquement bénéfique, même si le bilan environnemental des véhicules et des batteries doit être encore amélioré. ~~D'ici à 2040 au plus tard, les moteurs à explosion ne doivent plus être autorisés que dans de rares exceptions.~~

Développement : Il est compréhensible de mettre la date butoir de 2040 en lien avec les objectifs de la politique climatique. Il est toutefois important de maintenir une certaine cohérence avec la politique énergétique. Nous savons que pour sortir

du nucléaire, il faudra augmenter notre part d'énergies renouvelables, mais nous avons conscience que des efforts devront être fournis pour économiser l'énergie. Malheureusement, dans le rapport Nordmann, la faisabilité de produire suffisamment d'énergies renouvelables durant ce laps de temps n'est pas étudiée.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Die klare Forderung, dass ab 2040 keine fossilen Motoren mehr zugelassen werden sollen, ist im Sinne einer klaren und verbindlichen Vorgabe für Politik und Wirtschaft wichtig. Die Massnahmen, wie die SP die Energiewende realisieren will, finden sich in verschiedenen Stellungnahmen, Vernehmlassungsantworten sowie in der konkreten politischen Arbeit in den zuständigen Kommissionen und im Parlament. Sie sind kohärent und konsequent. Dazu gehören sowohl Massnahmen zur Förderung der erneuerbaren Energien und zur Steigerung der Energieeffizienz als auch zur Reduktion des Energieverbrauchs.

Neben den offensichtlichen Vorteilen aus globaler Klimasicht bringt die Elektrifizierung grosse lokale Vorteile, **indem der Lärm und die lokale Luftverschmutzung gerade dort reduziert werden, wo viele Menschen leben, nämlich entlang der Verkehrsachsen in unseren Städten und Dörfern.** Die mit den Batterien verbundenen negativen Umweltauswirkungen sind nicht zu verneinen, aber sie sind gegenüber den steigenden negativen Auswirkungen der Ölförderung abzuwägen. Neben der eigentlichen Verbrennung hat die Ölförderung zunehmend zerstörerische Auswirkungen auf die Ökosysteme.

Die Elektrifizierung ist zwingend in eine **Gesamtstrategie zur ökologischen Sanierung des Verkehrssystems einzubetten. Es gilt, den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr inklusive E-Bikes zu stärken.**

A-7; Juso: Ergänzung

Es gilt, den öffentlichen Verkehr und den Fuss- und Veloverkehr inklusive E-Bikes zu stärken. Denn das langfristige Ziel der SP bleibt ein umfassender Umstieg vom Automobilverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zum Langsamverkehr.

Begründung: Die Elektrifizierung vermag die Herausforderungen im Umweltbereich langfristig nicht zu lösen. Eine nachhaltige und umweltfreundliche Verkehrspolitik muss am langfristigen Ziel eines Wechsels zu öffentlichen Verkehrsmitteln und Langsamverkehr festhalten. Um dieses Ziel zu erreichen, sind weiterführende Veränderungen nötig. So etwa ein verstärktes Zusammenrücken von Arbeiten und Wohnen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Denn das langfristige Ziel der SP bleibt ein umfassender Umstieg vom Automobilverkehr hin zu öffentlichen Verkehrsmitteln und zum Fuss- und Veloverkehr.

Begründung: Fuss- und Veloverkehr ist der korrekte Begriff und umschreibt, wofür es geht. Langsamverkehr suggeriert, dass man eben langsam unterwegs ist. Gerade in Städten, wo der Verkehr steht, ist das gerade nicht der Fall.

Güter gehören auf die Bahn. Die Verlagerung gemäss Verfassungsauftrag muss umgesetzt werden.

A-8; PS Juso Ergänzung

Güter gehören auf die Bahn. Die Verlagerung gemäss Verfassungsauftrag muss umgesetzt werden. Bei kommenden Gross-Infrastrukturprojekten wie beispielsweise bei dem Projekt Cargo Sous Terrain muss eine staatliche Beteiligung zwingend gefordert werden. Diese zukünftigen Projekte im Bereich einer Verlagerungspolitik dürfen nicht rein privaten Investoren überlassen werden.

***Begründung:** Es ist elementar, die grossen Projekte der Zukunft zu berücksichtigen. Gerade hier ist eine staatliche Beteiligung aufgrund der Kontrollmechanismen und aufgrund sonst vorhandener Profitmaximierung auch im Sinne der Umwelt wichtig.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Bei kommenden Gross-Infrastrukturprojekten wie beispielsweise dem Projekt Cargo Sous Terrain muss zumindest eine politische Kontrolle gefordert werden. Diese zukünftigen Projekte im Bereich der Verlagerungspolitik dürfen nicht rein privaten Investoren überlassen werden, ohne dass eine demokratisch legitimierte Aufsicht und Kontrolle besteht.

Begründung: Es ist wichtig, solche auf Langfristigkeit ausgerichteten Projekte, die immense gesellschaftliche und finanzielle Folgen haben können, demokratisch zu kontrollieren und der politischen Aufsicht zu unterstellen. Auf der anderen Seite ist es aus heutiger Sicht und in Unkenntnis der zukünftigen Projekte etwas schwierig, bereits jetzt pauschal eine staatliche Beteiligung zu fordern.

Wichtig ist, dass die Raumplanung ebenso wie die Wirtschaft mit ihren Anstellungsbedingungen und Arbeitszeiten zur Vermeidung und Effizienzsteigerung des Verkehrs beitragen. Im [Bericht Nordmann](#) (Kap. 7) wird ein **Bündel von konkreten praktischen Massnahmen vorgeschlagen, welche optimiert und umgesetzt gehören.**

A-9; SP Waadt: Ergänzung

*Il est important que l'aménagement du territoire, tout comme l'économie, avec ses conditions d'embauche et ses horaires de travail, contribue à faire diminuer l'usage de la route et à accroître l'efficacité des transports, tout comme il est impératif de veiller à ce que les prix des moyens de transports publics soient abordables pour toute la population. Le rapport Nordmann (chapitre 7) propose un **ensemble de***

mesures pratiques concrètes qui devraient être optimisées et mises en œuvre.

Explication : Ce paragraphe est le seul qui rappelle l'engagement du PSS pour le service public dans tout le papier de position. Il est important de rappeler également que nous nous battons pour un service public de qualité accessible à toutes et tous.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-10; SP Frauen: Ergänzung

L'électrification doit impérativement s'inscrire dans une stratégie globale d'assainissement écologique du système de transports. L'objectif est de renforcer les transports publics ainsi que la mobilité douce, y compris les vélos électriques. Les marchandises doivent être acheminées par le rail. Le transfert (de la route au rail) doit être mis en œuvre, conformément au mandat constitutionnel. Il est important que l'aménagement du territoire, tout comme l'économie, avec ses conditions d'embauche et ses horaires de travail, contribue à faire diminuer l'usage de la route et à accroître l'efficacité des transports. [Le rapport Nordmann](#) (chapitre 7) propose un ensemble de mesures pratiques concrètes qui devraient être optimisées et mises en œuvre. Pour ce faire, une taxe incitative sur les carburants doit être introduite. Le montant prélevé permettra en partie de financer le tournant aux voitures électriques.

Développement : Dans notre papier de position sur la fiscalité de 2014, nous soutenons l'introduction d'une taxe sur les carburants. Les discussions concernant le concept économique (Wirtschaft für alle) confirment cette volonté. Si nous voulons des changements de comportement un tel outil doit être mis en place. Un tel outil permettra de financer en partie le tournant énergétique, et avec un retour à la population comme pour la taxe sur les combustibles, d'avoir également une taxe qui n'est pas anti-sociale.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Folgende Massnahmen können zur Finanzierung beitragen: eine Förderabgabe sowie eine Lenkungsabgabe auf fossilen Treibstoffen, die mehrheitlich an Bevölkerung und Wirtschaft rückverteilt wird. Um zu vermeiden, dass die Lenkungsabgabe zu Tanktourismus führt, soll sie ähnlich der Schwerverkehrsabgabe (LSVA) ab einer bestimmten Höhe nicht pro Liter Benzin, sondern pro gefahrenem Kilometer erhoben werden. Die Energieeffizienz der Fahrzeuge ist dabei zu berücksichtigen. Die Abgabe muss so ausgestaltet werden, dass sie soziale Härten vermeidet und Bewohnerinnen und Bewohner des ländlichen Raums nicht benachteiligt.

Begründung: Es soll auf einen Instrumentenmix gesetzt werden, der neben einer Förderabgabe auch eine Lenkungsabgabe beinhaltet. Es soll dabei präzisiert wer-

den, dass die Abgabe nicht zu Tanktourismus führen darf, da sonst deren Zweck verfehlt wird. Zudem braucht es eine soziale Ausgestaltung.

A-11; SP St. Gallen: Ergänzung

Antrag auf Aufnahme ins Positionspapier von folgender Forderung:

Einführung einer CO₂-Abgabe auf fossilen Treibstoffen, deren Erträge praktisch ausschliesslich an die Bevölkerung zurückerstattet werden.

Begründung: *Die CO₂-Abgabe auf fossile Brennstoffe hat in den letzten 10 Jahren massgeblich zur Senkung der Treibhausgasemissionen in der Schweiz beigetragen. Dies ist auch so im Positionspapier (S.5, oben) vermerkt.*

Die ursprünglich im CO₂-Gesetz enthaltene, von der bürgerlichen Mehrheit dann aber rausgekippte CO₂-Abgabe auf Treibstoffen, nicht in unser Positionspapier aufzunehmen, erscheint uns als grober Fehler. Wir halten den Hebel dieser Abgabe für gigantisch und sehen auch nicht ein, weshalb wir das Auto in irgendeiner Weise verschonen sollten. Im Gegenteil. Unser und das Interesse der kommenden Generationen auf diesem Planeten ist ein absolut vitales.

Wir anerkennen die grossen Anstrengungen der jeweiligen SP-Fraktionen der letzten ca. 15 Jahre, die für die Einführung dieser Abgabe - leider vergeblich - gekämpft haben. Wenn eine Einführung derzeit auf dem parlamentarischen Weg bei den vorhandenen Mehrheitsverhältnissen fast unmöglich erscheint, gelingt eine Einführung vielleicht auf anderem Wege (z.B. via eidg. Volksinitiative).

Klar ist, dass beide Abgaben und deren Anreizmechanismus in der Bevölkerung viel zu wenig bekannt sind. Dies obwohl wir alle auf unseren Krankenkassenprämienrechnungen die Pro Kopf-Rückausschüttung der Abgabe auf Brennstoffe jährlich ablesen können. Im vorliegenden Papier zur raschen Elektrifizierung der Mobilität auf der Strasse wird richtig vermerkt, dass es ziemlich harzen dürfte bis der Grossteil der Bevölkerung auf Elektroautos umgestiegen ist. Eine CO₂-Abgabe auf Treibstoffen wird diese Umstellung flankierend ungemein beschleunigen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Modifizierte Annahme (siehe vorhergehenden Antrag der SP Frauen inkl. Begründung)

Der bedrohlichen schweizerischen und weltweiten Steigerung der CO₂-Emissionen aus dem Luftverkehr ist dezidiert entgegenzuwirken. Die Situation ist mittlerweile völlig absurd, da es billiger geworden ist, mit dem Flugzeug für einen Wochenendausflug nach Porto oder Helsinki zu fliegen als mit der Bahn oder dem Auto von Zürich nach Locarno oder Brig zu fahren.

Die weltweiten Bemühungen, den Luftverkehr in die Klimaverantwortung einzubeziehen, sind zwar zu begrüßen, gehen aber viel zu langsam vorwärts. Die Schweiz muss voranschreiten. Dazu bieten sich vier Massnahmen an:

- Trotz des erbitterten Widerstands der schweizerischen Luftfahrtbranche soll diese **dem EU-Emissionshandelssystem** unterstellt werden, damit sie einen Minimalpreis für ihre CO₂-Emissionen bezahlt. Das unterzeichnete Abkommen mit der EU soll ratifiziert werden.
- **Effizienzstandards** für Flugzeuge gehören sukzessive angehoben.

A-12; SP Waadt : Ergänzung

*Les **normes d'efficacité** des aéronefs doivent être progressivement relevées. Notamment dans le domaine des vols de loisir, de sport ou de travail aérien, les mêmes normes imposées aux transports individuels terrestres concernant les limites de pollution atmosphérique et sonore doivent s'appliquer.*

***Explication** : Bien que l'aviation de loisir, de sport et de travail ne représente pas le même volume que celui du parc automobile, il est important de rappeler que celui-ci doit répondre aux mêmes normes de son correspondant terrestre, puisque les nuisances et la pollution occasionnées sont tout autant importantes en proximité des aéroports et sur les canaux de vol. De plus, rien n'indique que ce genre de moyen de transport va diminuer. Il est dès lors préférable qu'il soit règlementé de manière claire*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

- eine **Ticketabgabe** soll eingeführt werden, wie sie schon verschiedene europäische Länder kennen. Der Ertrag soll in die internationale Klimafinanzierung fließen.

A-13; SP Basel-Stadt: Ergänzung Pilotversuche im Luftverkehr

Der vorliegende Bericht befasst sich nur am Rande mit den CO₂-Emissionen des Luftverkehrs. Der Luftverkehr ist das am stärksten wachsende Verkehrssegment und unterliegt bisher keinen wirksamen Klimaschutz-Massnahmen. CO₂-Reduktionen erscheinen angesichts des Wachstums der Passagierzahlen dringlich und dank der Verfügbarkeit von immer häufigeren Strom-Überschüssen aus wetterzyklischen erneuerbaren Energien auch möglich und erschwinglich.

Zu diesem Zweck soll der Bund in Zusammenarbeit mit Fluggesellschaften, Flughäfen im In- und Ausland sowie mit den massgeblichen Forschungsanstalten Pilotversuche mit mehrjährigem Betrieb starten, um einzelne Linienstrecken (z.B. Zürich-London) im Sinne eines «proof of concept» auf erneuerbare Flugtreibstoffe umzustellen. Massgebliche CO₂-Reduktionen sind möglich, wenn der Flugbetrieb auf synthetische Treibstoffe umgestellt wird, die aus erneuerbaren, CO₂-neutralen Energien gewonnen werden.

Bei der Vorbereitung eines solchen Pilotversuchs ist auf ein klares ökologisches Profil, auf eine transparente wissenschaftliche Begleitung und auf die Skalierbarkeit zu achten.

- *Die Herstellung der Treibstoffe aus 100% neuen erneuerbaren Energien ist mittels gesetzlich anerkannter Herkunftsnachweise sicherzustellen;*

- *eine Ökobilanz soll die synthetischen Treibstoffe mit konventionellen Treibstoffen vergleichen.*
- *Auf biogene Treibstoffe (natürliches Biogas, Biomasse oder Agrotreibstoffe) ist mangels Skalierbarkeit und wegen des umstrittenen ökologischen Profils ganz zu verzichten.*
- *Die Energiebeschaffung soll skalierbar sein; eine Verwertung von witterungsbedingten Stromüberschüssen soll fokussiert möglich sein, wie sie beim weiteren Ausbau der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien zu erwarten ist.*
- *Die Treibstoffherstellung ist so zu gestalten, dass flugseitig keine oder nur geringe Anpassungen notwendig sind.*
- *Umwandlungsprozesse (zB. Strom/Wasserstoff/Oktan) sollen nach Möglichkeit so platziert werden, dass die Abwärme weiteren Verwendungen (zB. Nahwärmenetzen) zugeführt werden kann.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Es wird ein zusätzlicher Spiegelpunkt aufgenommen, der Pilotversuche im genannten Sinn fordert, die auf einem klaren ökologischen Profil, einer transparenten wissenschaftlichen Begleitung und auf Skalierbarkeit beruhen. Die weiteren im Antrag genannten Kriterien können nicht in diesem Positionspapier genannt werden, da sie einen zu hohen Detaillierungsgrad aufweisen.

A-14; Jus: Ergänzung Verbot von Kurzstreckenflügen

Aus der Schweiz dürfen Flughäfen in einer Distanz von 1'500 Kilometer (nur Landweg) nicht mehr angefliegen werden.

Begründung: *Diese Forderung ist die konsequente Weiterführung der Forderung nach besseren Nachtzugverbindungen innerhalb von Europa, welche von der SP im Rahmen des offenen Briefes an BR Doris Leuthard in Zusammenarbeit mit dem Verein umverkehr und anderen Organisationen bereits einmal gestellt wurde. Schweizer*innen sind heute doppelt so viel mit dem Flugzeug unterwegs wie die Einwohner*innen der Nachbarländer. Von diesen Flügen haben 80% einen Zielort innerhalb von Europa. Ein Verbot von innereuropäischen Flügen wäre ein klares Zeichen für die Förderung des Zugnetzwerkes und würde die Konkurrenz zwischen Flug- und Zugpreisen unterbinden.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Diese Forderung ist nicht durchsetzbar und bleibt rein deklamatorisch. Die SP verliert an Glaubwürdigkeit, wenn sie radikale Verbote aufstellt, die keinerlei gesellschaftliche und politische Akzeptanz haben. Die SP setzt sich dafür ein, dass die Fliegerei die Kosten, die sie verursacht, deckt (Internalisierung externer Kosten) und dass die alternativen Angebote (z.B. Nachtzüge) vorhanden und attraktiv sind. Mit maximalen Verbotsforderungen schwächen wir unsere Position bei der Suche nach mehrheitsfähigen Lösungen.

A-15; Juso: Ergänzung Kerosinsteuer

Kerosinsteuer: Die Schweiz setzt sich auf internationaler Ebene für eine Kerosinsteuer ein. Dieses Bekenntnis wird aktiv kommuniziert, national wie international.

Begründung: Diese Forderung wurde von der SP im Rahmen des offenen Briefes an BR Doris Leuthard in Zusammenarbeit mit dem Verein umverkehr und anderen Organisationen bereits einmal gestellt. Daher wäre es nur konsequent, diese Forderung auch im Papier zu verankern. Heute ist Kerosin in der gewerblichen Luftfahrt gänzlich von der Mineralölsteuer befreit. Der Flugverkehr geniesst daher, trotz seiner massiven Schädlichkeit für das Klima, ein enormes Steuerprivileg gegenüber allen anderen Verkehrsmitteln. Die Einführung einer Kerosinsteuer würde also bloss zu einer Gleichbehandlung des Flugverkehrs mit anderen Verkehrsträgern bedeuten, nicht eine Benachteiligung. Die Kerosinsteuer würde zudem einen Anreiz bieten, spritsparendere Flugzeuge zu entwickeln, während die Staatskasse von Mehreinnahmen profitieren würde, die ebenfalls in die Erforschung effizienterer Umwelttechniken investiert werden könnte.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

- Schliesslich sollen die internationalen **Bahnverbindungen aus der Schweiz in das europäische Umland** massiv verbessert werden, sodass Distanzen bis 1000 oder 1500 km mit der Bahn zurückgelegt werden können. Dazu gehört eine Kombination von direkten Hochgeschwindigkeitsverbindungen mit Nachtzügen. Der Aufbau dieser Verbindungen soll von der öffentlichen Hand verlangt und unterstützt werden.

4. DIE SP VERLANGT EINE KLIMAKOMPATIBLE FINANZPLATZ-STRATEGIE

Im Gegensatz zum vorherigen Kapitel, wo eine Justierung der links-grünen Doktrin in Sachen Verkehr vorgeschlagen wird, muss hier festgestellt werden:

A-16; Juso: Streichung

Streichen: „Im Gegensatz zum vorherigen Kapitel, wo eine Justierung der links-grünen Doktrin in Sachen Verkehr vorgeschlagen wird, muss hier festgestellt werden:“

Begründung: Die Elektrifizierung stellt lediglich eine mittelfristige Strategie zur Bekämpfung des Klimawandels dar. Langfristig müssen wir weiter eine Verschiebung vom Individualverkehr zum öffentlichen Verkehr anstreben. Dieser Satz widerspricht der Überzeugung breiter Teile der SP und schafft keinen Mehrwert an dieser Stelle.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

A-17; Juso: Ergänzung

Einfügen unmittelbar nach Titel: In einem Wirtschaftssystem, das sich an der Profitmaximierung statt an Gemeinwohlkriterien orientiert, ist grundsätzlich keine klimaverträgliche Finanzwirtschaft möglich. Trotzdem bietet das kapitalistische Wirtschaftssystem einige Spielräume, die zumindest eine Verbesserung der aktuellen Lage ermöglichen.

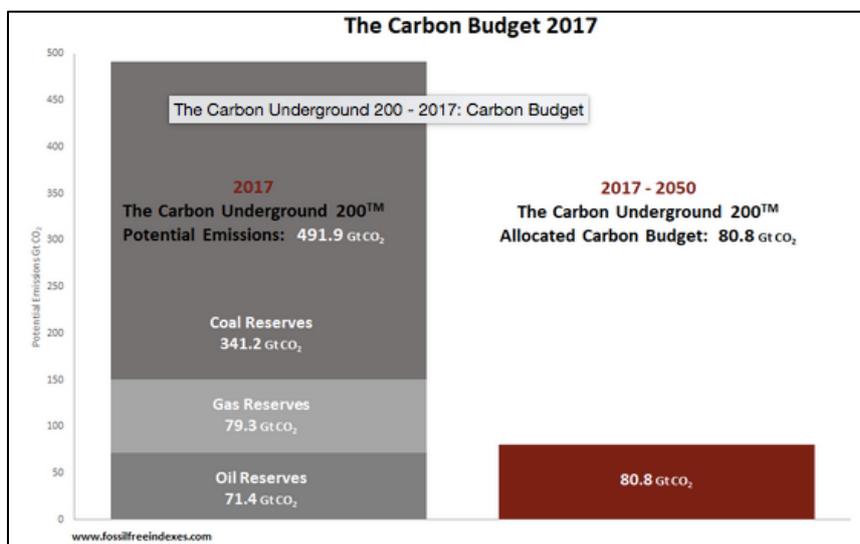
Begründung: Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird immer nach Wegen suchen, ökologische Kosten zu externalisieren und so den Gewinn einiger Weniger zu steigern. Einzelne Eingriffe können deshalb nie zu einer klimaverträglichen Finanzwirtschaft führen.

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Im Positionspapier geht es um den Klimaschutz und die konkreten Massnahmen zu dessen Umsetzung. Sehr grundsätzliche kapitalismuskritische Aussagen sollen nicht in diesem Papier angebracht werden, das sprengt etwas den Rahmen.

Die bürgerliche Haltung des Laissez-faire am Markt geht zu 100 Prozent in die falsche Richtung, denn der entfesselte Markt sucht ständig nach neuen Öl- und Gasvorkommen. Diese werden sogleich in den Bilanzen der Energiemultis kapitalisiert und spiegeln sich in ihren Börsenkursen. Zudem wird nach wie vor massiv in CO₂-intensive Branchen investiert.

Die Grundregeln der Physik sagen uns jedoch, dass diese Entwicklung total verkehrt ist: Um die Klimaerwärmung einzudämmen, **müssen die Kohlenstoffreserven im Untergrund bleiben, statt mit der Verbrennung in die Luft zu gelangen.** Die Politik muss also handeln und die Finanzmärkte in bessere Klimabahnen lenken. Die unterirdischen Kohlenstoffreserven dürfen nicht mehr die Bilanzen der Energiekonzerne aufblasen. Wie folgende Grafik zeigt, sind wir aktuell weit davon entfernt.



Figur 2: Die Kohlenstoffblase: Die Menge an Kohlenstoff, welche die Menschheit maximal noch verbrennen darf, damit sich die Erde nicht mehr als 2 Grad erwärmt, ist rund fünf Mal kleiner als die bilanzierten fossilen Reserven der 200 grössten Energiekonzerne (Grafik: <http://fossilfreeindexes.com/research/the-carbon-underground/>).

Die meisten Pensionskassen sind in dieser Kohlenstoffblase stark exponiert. Wenn es weltweit gelingen soll, den Klimawandel in den Griff zu bekommen, dürfen diese Reserven nicht angezapft werden. Somit werden sie eines Tages buchhalterisch wertlos sein. Daher droht ein Riesenabschreiber in der Schweizer Anlagelandschaft. Neben den Banken, Anlagefonds und Versicherungen wären auch die Versicherten der zweiten Säule stark betroffen. **Die SP akzeptiert nicht, dass das angesparte Alterskapital der in der Schweiz tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in falschen und kurzsichtigen klimaschädigenden Anlagen verspekuliert wird und setzt sich auf allen Ebenen ein, dass diese nach und nach abgestossen werden.**

Der Rohstoffhandel, die Vermögensverwaltung und die Investitionstätigkeit sind tragende Säulen des schweizerischen Finanzplatzes und somit auch der Volkswirtschaft. Es ist leider zu befürchten, dass diese Branchen auf dem falschen Fuss erwischt werden, wenn sie sich nicht rechtzeitig in Richtung einer klimaverträglichen Strategie umorientieren. Diese schmerzliche Erfahrung hat die Schweiz schon mit der Steuerhinterziehung und dem Bankgeheimnis gemacht. Die SP will, dass man aus den Fehlern der Vergangenheit lernt und die Folgen dieses Mal besser antizipiert. Die aktuelle Entwicklung zeigt auch, dass sich der Finanzplatz unter den neuen Bedingungen der sogenannten Weissgeldstrategie recht gut entwickelt. **Wir sind überzeugt, dass eine klimakompatible Strategie den Finanzplatz stärken wird.** Mit einer bewussten strategischen Ausrichtung auf nachhaltige Finanzierungen (sustainable finances) können sich die Schweizer Banken und Versicherungen in einem rasch wachsenden Geschäftsfeld positionieren. Es wird aber höchste Zeit das zu tun. Denn die EU-Kommission hat eine Strategie für ein nachhaltiges Finanzwesen vorgelegt, die einen eng getakteten Fahrplan und den Einbezug aller einschlägigen Akteure des Finanzsystems vorsieht. Bereits haben sich acht Nationalbanken (darunter China, England, Frankreich und Deutschland) und drei nationale Finanzaufsichtsbehörden aus Ländern mit grossen Finanzmärkten dem Zweigrad-Ziel verpflichtet. Die SNB bleibt aussen vor.

Und immer mehr Institutionen steigen aus ethischen und wirtschaftlichen Gründen aus dem Geschäft mit fossiler Energie aus. Gegen 900 Institutionen, darunter grosse Staatsfonds und Pensionskassen haben ihre Anlagen in den letzten Jahren bewusst klimafreundlich ausgerichtet, indem sie ihre Anteile an Kohle-, Öl- oder Gaskonzernen vollständig oder teilweise verkauft haben.

Für die SP ist daher klar: Ab 2030 sollen Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren oder sich an Firmen, die im Öl-, Gas- oder Kohlesektor tätig sind, beteiligen. Daher schlägt die SP sechs Massnahmen vor, um die Klimarisiken des Finanzplatzes abzuwenden und einen konstruktiven Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Klimaerwärmung zu leisten ([vgl. Bericht „Für einen klimafreundlichen Schweizer Finanzmarkt“ von Beat Jans](#)):

1. **Die Ziele der Vermögensverwaltung sind gesetzlich zu erweitern.** Die drei klassischen Ziele der Vermögensverwaltung Sicherheit, Rentabilität und Liquidität, welche Art. 71 des BVG beschreibt, sind um die Dimension Klimaverträglichkeit zu erweitern.
2. **Transparenz schaffen.** Pensionskassen, Versicherungen aber auch Banken, Vermögensverwalter, und Börsen sollen verpflichtet werden, über die Klimaauswirkungen ihrer Investitionen zu berichten.
3. **Zielvorgaben für alle Anleger machen.** Der Bundesrat gibt allen Anlegern Kenngrößen und Reduktionsziele vor. Die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen von Bund und Kantonen wie Publica, Pensionskassen der kantonalen Angestellten, SUVA, AHV/IV/EO-Fonds gehen konsequent voran.

A-18; Juso: Streichung und Umformulierung

~~*Zielvorgaben für alle Anleger machen. Der Bundesrat gibt allen Anlegern Kenngrößen und Reduktionsziele vor. Desinvestitionspolitik. Der Bundesrat verbietet allen Anlegern Investitionen in Firmen, die im Öl-, Gas- oder Kohlektor tätig sind. Bis zum Jahr 2030 werden Kenngrößen und Reduktionsziele vorgegeben, ab dem Jahr 2030 sind alle Investitionen verboten. Die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen von Bund und Kantonen wie Publica, Pensionskassen der kantonalen Angestellten, SUVA, AHV/IV/EO-Fonds gehen konsequent voran.*~~

Begründung: Es bleibt unklar, wie das Ziel, dass ab 2030 keine Investitionen in den Öl-, Gas- und Kohlektor mehr getätigt werden, erreicht werden soll. Darum braucht es klare Investitionsverbote.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Für die SP ist daher klar: Ab 2030 sollen Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren oder sich an Firmen, die im Öl-, Gas- oder Kohlektor tätig sind, beteiligen. Daher schlägt die SP sechs Massnahmen vor, um die Klimarisiken des Finanzplatzes abzuwenden und einen konstruktiven Beitrag zur weltweiten Bekämpfung der Klimaerwärmung zu leisten (vgl. Bericht „Für einen klimafreundlichen Schweizer Finanzmarkt“ von Beat Jans). Bei den folgenden Forderungen handelt es sich um eine Forderungskaskade. Die nachfolgende Massnahme wird ergriffen, wenn sich abzeichnet, dass mit der vorhergehenden das Ziel (keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Rohstoffe) nicht erreicht wird. Am Schluss steht die Besteuerung. [An dieser Stelle folgen die Ziele 1 bis 6]

Begründung: Bei den Forderungen handelt es sich um eine Forderungskaskade, das wurde im ursprünglichen Text zu wenig deutlich und soll entsprechend präzisiert werden. Das heisst, dass die nachfolgende Massnahme ergriffen wird, wenn sich abzeichnet, dass mit der vorhergehenden das Ziel (keine Investitionen in die Erschliessung fossiler Rohstoffe) nicht erreicht wird. Am Schluss steht die Besteuerung. Die Zeit, aus Investitionen in fossile Energien und Infrastrukturen auszusteigen, ist reif, wie die Entwicklungen in diesem Bereich weltweit zeigen. Mit einer Politik, die auf umsetzbare, aufeinander aufbauende Instrumente setzt, kann mehr erreicht werden als mit

einer Verbotsforderung an den Bundesrat. Die klare Vorgabe aber bleibt: Ab 2030 sollen Schweizer Unternehmen keine Öl- und Gasprojekte mehr finanzieren.

- 4. Die Nationalbank verpflichten.** Die Nationalbank bekennt sich öffentlich zum Pariser Klimaabkommen und leistet ihren Beitrag dazu. Sie evaluiert ihre eigenen Investitionen gegenüber Klimarisiken und erweitert ihre Anlagerichtlinien, um Investitionen auszuschliessen, die systematisch gravierende Klimaschäden verursachen.

A-19; Juso: Streichung und Präzisierung

Die Nationalbank verpflichten. Die Nationalbank bekennt sich öffentlich zum Pariser Klimaabkommen und leistet ihren Beitrag dazu. Sie evaluiert ihre eigenen Investitionen gegenüber Klimarisiken und erweitert ihre Anlagerichtlinien, um **sämtliche Investitionen in Firmen auszuschliessen, die systematisch gravierende Klimaschäden verursachen die im Öl-, Gas oder Kohlesektor tätig sind.**

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Sie evaluiert ihre eigenen Investitionen gegenüber Klimarisiken und erweitert ihre Anlagerichtlinien, um sämtliche Investitionen zur Erschliessung von Öl-, Gas- oder Kohlevorkommen auszuschliessen.

Begründung: Die Nationalbank investiert ja vielleicht nicht nur in Firmen, deshalb soll die Formulierung offener bleiben. Zudem ist der Begriff „im Öl-, Gas- oder Kohlesektor tätig“ zu unscharf. Es gibt beispielsweise Stadtwerke oder Gemeinden in der Schweiz, welche mindestens die nächsten Gasnetze unterhalten oder Gas betriebene Wärmekraftkopplungen finanzieren.

- 5. CO₂-Abgabe auf klimaschädigende Kapitalgewinne.** Auf dem Finanzplatz Schweiz wird eine Abgabe auf die Investmentrendite von klimaschädlichen Finanzprodukten eingeführt. Wie die Flugticketabgabe dient deren Ertrag der internationalen Klimafinanzierung. Damit würden die Kosten der Klimaerwärmung endlich auf dem Finanzmarkt sichtbar und die Kapitalströme könnten in klimafreundlichere Investitionsalternativen fließen.

- 6. Internationales Engagement der Schweiz gegen klimaschädliche Investitionen.** Die Schweiz spricht keine Exportrisikogarantie und keine Gelder im Rahmen der internationalen Zusammenarbeit für Projekte, welche die Extraktion von fossilen Brennstoffen und den Ausstoss von Klimagasen fördern und sie engagiert sich im Rahmen ihres Einsitzes bei OECD, UNO, Weltbank und anderen internationalen Institutionen für eine klimaschonende Investitionspolitik.

5. ENERGIEPOLITIK ALS TRAGENDE SÄULE DER KLIMAPOLITIK

Die SP steht für die Vollversorgung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen.

Mit einer eidg. Volksinitiative (Cleantech-Initiative) leistete die SP schon 2011 einen wichtigen Beitrag dazu. Die SP wird auch unterstützt durch die Bevölkerung, welche der Energiestrategie 2050 mit einer grossen Mehrheit zugestimmt und damit ein klares Zeichen für die Energiewende abgegeben hat. **Die SP ist stolz darauf, einen wesentlichen Beitrag zu diesem historischen Erfolg geleistet zu haben.**

Damit die Schweiz im Sinne des Pariser Abkommens bis 2050 beinahe klimaneutral wird, muss jedoch der Umbau des Energiesystems schneller vorangetrieben werden.

Die SP verlangt, dass die Effizienz in der Energieverwendung gesteigert wird. Die **Gebäudesanierung gehört beschleunigt**, indem die Sanierungsrate gesteigert wird. Entgegen dem bundesrätlichen Vorschlag soll das erfolgreiche Gebäudeprogramm nicht befristet werden. Die Lenkungsabgabe auf Brennstoffen soll weiter angehoben werden, wenn die Klimaziele nicht erreicht werden. Zudem sollen die kantonalen Bemühungen zur Verschärfung der Gebäudevorschriften im Bundesrecht unterstützt werden.

*A-20: SP Frauen *: Ergänzung*

La taxe d'incitation sur les combustibles doit encore être augmentée si les objectifs climatiques ne sont pas atteints. Il s'agit en outre de soutenir les efforts déployés par les cantons pour renforcer les règles du droit fédéral en matière de constructions. Le PS reste attentif au fait que la taxe reste sociale.

***Développement** : Le système de la taxe fonctionne bien, mais l'augmentation des entreprises exemptées pourrait déséquilibrer le système (diminution du montant en retour à la population). Nous devons rester attentifs à ce que la taxe sur le CO₂ ne soit pas payée que par des personnes qui n'ont que ce choix et qui ne peuvent pas réellement agir sur leurs émissions de CO₂. Il n'est pas acceptable que des locataires doivent payer le montant de la taxe si les propriétaires ne veulent pas entreprendre des travaux de rénovation ou des changements d'installation de chauffage. Dans bien des cas, un propriétaire n'habitant pas son immeuble, n'a aucun scrupule de ne pas tout mettre en œuvre pour une installation non émettrice de CO₂ ou pour l'isolation de ses façades.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Annahme

Es braucht einen **gesetzlich verpflichtenden inländischen Ausbaupfad bei den erneuerbaren Energien, insbesondere bei der Solarenergie**. Die heutigen Zwischenziele beim Ausbau der Erneuerbaren und bei der CO₂-Absenkung sind entsprechend zu erhöhen und als verbindliche Dekarbonisierungsstrategie bis 2050 auszugestalten.

*Il faut que notre pays se dote d'une **politique contraignante en faveur du développement des énergies renouvelables, en particulier de l'énergie solaire**. Les objectifs intermédiaires actuels relatifs au développement des énergies renouvelables et à la réduction des émissions de CO₂ doivent être renforcés et s'insérer dans une stratégie contraignante de décarbonisation d'ici à 2050.*

***Développement** : C'est le mix énergétique qui doit être privilégié. Aucune énergie n'est totalement propre et nous devons faire les choix en fonction des lieux et des conditions de production.*

Empfehlung der Geschäftsleitung: Ablehnung

Begründung: Mit der Formulierung, dass die erneuerbaren Energien *insgesamt* ausgebaut werden sollen, ist der im Antrag geforderte Energie-Mix berücksichtigt. Da die Sonnenenergie bei Weitem die grössten Potenziale aufweist, eine hohe Akzeptanz geniesst und da auch die Warteliste für Photovoltaikanlagen lang ist, ist es berechtigt und sinnvoll, die besondere Rolle dieser Technologie hervorzuheben.

Nur so kann es ermöglicht werden, dass der Atomausstieg und die inländische Dekarbonisierung nicht in einem Import von Dreckstrom münden.

Natürlich dürfen die übrigen Dimensionen der Klimapolitik nicht vernachlässigt werden.

- **Die Klimafinanzierung für den Süden soll gestärkt werden:** Die Einnahmen aus der Flugticketabgabe sollen für die Finanzierung der internationalen Klimaschutzvorhaben eingesetzt werden, zu welcher sich die Schweiz mit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens verpflichtet hat. Die Gelder sind zusätzlich und nicht auf Kosten der bisherigen Entwicklungszusammenarbeit zu generieren. Bei Bedarf ist auch die Verfassung in dem Sinne anzupassen.
- **Die Forschung und Innovation müssen ausgebaut werden:** Die wissenschaftlichen Portfolios müssen stärker auf Innovationen für die Energiewende ausgerichtet und besser dotiert werden. Neben etablierten Firmen sollen auch Startups in diesem Bereich zu Kapital kommen. Der erfolgreiche Technologiefonds des bisherigen CO₂-Gesetzes soll verstärkt werden und für den Gang auf den Markt sollen Firmen einfacher zu Risikokapital kommen.
- **Die Landwirtschaft soll weniger ausstossen und klimafreundlicher ausgerichtet werden.** Das soll im Rahmen der neuen Agrarpolitik geschehen. Das Hauptrisiko besteht darin, dass vorgelagerte Prozesse versteckte Emissionen im Ausland verursachen, zum Beispiel bei der Herstellung von Dünger und von tierischer Ernährung. Somit würde man die Illusion einer Klimafreundlichkeit pflegen, statt eine reale Wirkung zu entfalten.

- Der Kauf von CO₂-Reduktionszertifikaten aus dem Ausland kann nur in Ergänzung zu den Inlandzielen erfolgen. Es sollen mit diesem Instrument Projekte mit Technologietransfer unterstützt werden.

6. FAZIT

A-22: Juso: Fazit umschreiben

*Die Dekarbonisierung ist zugleich eine weltweite Notwendigkeit und eine Chance für die Schweiz. Sie gehört konsequent vorangetrieben. Für die Schweiz sind gute Rahmenbedingungen, welche eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance **und eine unabdingbare Notwendigkeit**. Denn sie verfügt über gute Infrastrukturen sowie viel Kompetenz, Innovation und Forschung für die Energiewende. Gelingt es ihr, die fossile Energieversorgung zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie jedes Jahr für den Import von Erdöl und Erdgas ans Ausland verliert, in der Schweizer Wirtschaft halten. Und sie wird unabhängiger von zum Teil instabilen und undemokratischen Ländern, welche fossile Energieträger an die Schweiz liefern. **Neben allfälligen wirtschaftlichen Vorteilen ist ein Umdenken in der Umweltpolitik jedoch auch zwingend notwendig – da der Klimawandel der Menschheit sonst ihre Lebensgrundlage nimmt. Auch im Sinne einer globalen Gerechtigkeit ist es unabdingbar, dass ein reicher Industriestaat wie die Schweiz mit einer viel höheren Umweltbelastung als Länder der dritten Welt, seinen Beitrag für ein global verträgliches Klima leistet.***

*Neben der globalen Perspektive schafft ein ökologischer Umbau auch **reale** Wertschöpfung in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt wurden auch dank dem aktuellen CO₂-Gesetz und der Förderung der erneuerbaren Energien rund 40'000 neue Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Die Bruttowertschöpfung wurde damit um gegen 6 Mrd. Franken gesteigert. ~~Die SP ist überzeugt, dass Cleantech eine Schlüsselbranche der Weltwirtschaft darstellt.~~*

~~*Die Schweiz wird viel gewinnen, wenn sie die Energiewende führend vorantreibt. Die Schweiz soll sich deshalb ambitionöse Ziele setzen und klare Vorgaben machen, die sie an die Spitze bringen. Diese Vorgaben sind frühzeitig zu beschliessen, damit die Akteure der Wirtschaft genügend Zeit haben sich auszurichten. Die Kostenentwicklung ist zu beobachten und wo nötig durch soziale Massnahmen zu flankieren.*~~

Schliesslich ist die Eindämmung der Klimaerwärmung die Voraussetzung für den Wohlstand. Gelingt sie nicht, wird die Entwicklung der ärmeren Länder verunmöglicht. Zudem wird es immer wahrscheinlicher, dass das aktuelle Wohlstandsniveau der entwickelten Länder nicht zu halten sein wird. Wir wollen aber diesen Teufelskreis des kriegerischen Runns auf den letzten Öltropfen vermeiden und im Gegensatz dazu eine nachhaltige Entwicklung aufgleisen, welche die Ressourcen des Planeten nicht überstrapaziert. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine sichere, gerechte und dauerhafte Entwicklung der Menschheit möglich.

Begründung: Es geht bei der Bewältigung des Klimawandels weder um den wirtschaftlichen Erfolg der Schweiz noch um tolle Innovationsprojekte – es geht schlicht um die Grundlage der Menschheit und um globale Gerechtigkeit.

Empfehlung der Geschäftsleitung: modifizierte Annahme

Für die Schweiz sind gute Rahmenbedingungen, welche eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance ~~und eine unabdingbare Notwendigkeit~~. Denn sie verfügt über gute Infrastrukturen sowie viel Kompetenz, Innovation und Forschung für die Energiewende. Gelingt es ihr, die fossile Energieversorgung zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie jedes Jahr für den Import von Erdöl und Erdgas ans Ausland verliert, in der Schweizer Wirtschaft halten. Und sie wird unabhängiger von zum Teil instabilen und undemokratischen Ländern, welche fossile Energieträger an die Schweiz liefern. **Neben allfälligen wirtschaftlichen Vorteilen ist ein Umdenken in der Umweltpolitik jedoch auch zwingend notwendig, da der Klimawandel der Menschheit sonst ihre Lebensgrundlage nimmt. Auch im Sinne einer globalen Gerechtigkeit ist es unabdingbar, dass ein reicher Industriestaat wie die Schweiz mit einer viel höheren Umweltbelastung als Länder in der dritten Welt ihren Beitrag für ein global verträgliches Klima leistet.**

Neben der globalen Perspektive schafft ein ökologischer Umbau auch reale Wertschöpfung in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt wurden auch dank dem aktuellen CO₂-Gesetz und der Förderung der erneuerbaren Energien rund 40'000 neue Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Die Bruttowertschöpfung wurde damit um gegen 6 Mrd. Franken gesteigert. Die SP ist überzeugt, dass Cleantech eine Schlüsselbranche der Weltwirtschaft darstellt.

Die Schweiz wird viel gewinnen, wenn sie die Energiewende führend vorantreibt. Die Schweiz soll sich deshalb ambitionöse Ziele setzen und klare Vorgaben machen, die sie an die Spitze bringen. Diese Vorgaben sind frühzeitig zu beschliessen, damit die Akteure der Wirtschaft genügend Zeit haben sich auszurichten. Die Kostenentwicklung ist zu beobachten und wo nötig durch soziale Massnahmen zu flankieren.

Schliesslich ist die Eindämmung der Klimaerwärmung die Voraussetzung für den Wohlstand. Gelingt sie nicht, wird die Entwicklung der ärmeren Länder verunmöglicht. Zudem wird es immer wahrscheinlicher, dass das aktuelle Wohlstandsniveau der entwickelten Länder nicht zu halten sein wird. Wir wollen aber diesen Teufelskreis des kriegerischen Runns auf den letzten Öltropfen vermeiden und im Gegensatz dazu eine nachhaltige Entwicklung aufgleisen, welche die Ressourcen des Planeten nicht überstrapaziert. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine sichere, gerechte und dauerhafte Entwicklung der Menschheit möglich.

Begründung: Die ökonomischen Chancen der Schweiz sollen betont werden, da diese real bestehen und diese es zu einem grossen Teil auch ermöglichen, die Energiewende rasch voranzutreiben. Die SP hatte auch mit Ihrer Kommunikation zur Cleantech-Initiative stets die volkswirtschaftlichen Chancen der Energiewende betont.

Die Dekarbonisierung ist zugleich eine weltweite Notwendigkeit und eine Chance für die Schweiz. Sie gehört konsequent vorangetrieben.

Für die Schweiz sind gute Rahmenbedingungen, welche eine rasche Energiewende befördern, eine grosse Chance. Denn sie verfügt über gute Infrastrukturen sowie viel Kompetenz, Innovation und Forschung für die Energiewende. Gelingt es ihr, die fossile Energieversorgung zu ersetzen, kann sie rund 10 Milliarden Franken, welche sie jedes Jahr für den Import von Erdöl und Erdgas ans Ausland verliert, in der Schweizer Wirtschaft halten. Und sie wird unabhängiger von zum Teil instabilen und undemokratischen Ländern, welche fossile Energieträger an die Schweiz liefern.

Der ökologische Umbau schafft Wertschöpfung in der Schweiz. Im letzten Jahrzehnt wurden auch dank dem aktuellen CO₂-Gesetz und der Förderung der erneuerbaren Energien rund 40'000 neue Stellen in den Bereichen erneuerbare Energien und Energieeffizienz geschaffen. Die Bruttowertschöpfung wurde damit um gegen 6 Mrd. Franken gesteigert.

Die SP ist überzeugt, dass Cleantech eine Schlüsselbranche der Weltwirtschaft darstellt. Die Schweiz wird viel gewinnen, wenn sie die Energiewende führend vorantreibt. Die Schweiz soll sich deshalb ambitionöse Ziele setzen und klare Vorgaben machen, die sie an die Spitze bringen. Diese Vorgaben sind frühzeitig zu beschliessen, damit die Akteure der Wirtschaft genügend Zeit haben sich auszurichten. Die Kostenentwicklung ist zu beobachten und wo nötig durch soziale Massnahmen zu flankieren.

Schliesslich ist die Eindämmung der Klimaerwärmung die Voraussetzung für den Wohlstand. Gelingt sie nicht, wird die Entwicklung der ärmeren Länder verunmöglicht. Zudem wird es immer wahrscheinlicher, dass das aktuelle Wohlstandsniveau der entwickelten Länder nicht zu halten sein wird. Wir wollen aber diesen Teufelskreis des kriegerischen Runs auf den letzten Öltropfen vermeiden und im Gegensatz dazu eine nachhaltige Entwicklung aufgleisen, welche die Ressourcen des Planeten nicht überstrapaziert. Nur unter diesen Voraussetzungen ist eine sichere, gerechte und dauerhafte Entwicklung der Menschheit möglich.